

Zur Diskussion

Nr. 5 S.1

Forderungskatalog der Gewerkschaften und Sozialverbände zum Ausbau der sozialen Sicherung

Eine wirksame Sozialpolitik erfordert strukturelle Weichenstellungen

von **Karl Gudauner**



Die Gewerkschaften und Sozialverbände haben im Hinblick auf zusätzliche soziale Unterstützungsmaßnahmen, die in der neuen Legislaturperiode im Südtiroler Landtag umgesetzt werden müssen, Forderungskataloge ausgearbeitet, um den Parteien bzw. der neuen Landesregierung zu verdeutlichen, dass angesichts der Verschärfung sozialer Problemlagen und stagnierender Einkommen Handlungsbedarf besteht. Nach dem vor den Landtagswahlen geschnürten Paket an Ad-hoc-Interventionen im Umfang von ca. 30 Millionen Euro muss nun die Umsetzung von strukturellen Maßnahmen geplant werden. Diese werden

Umschichtungen bzw. neue Schwerpunktsetzungen im Landshaushalt erforderlich machen, da deren Finanzierung Ausgaben in der Größenordnung von weit mehr als einem Zehntel des Landshaushalts erforderlich machen wird. Wirksame Maßnahmen zur Unterstützung der ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen und insgesamt der sozial schwächeren Bevölkerungsschichten werden sicherlich im nächsten Regierungsprogramm eine vorrangige Rolle einnehmen. In diesem Beitrag werden die relevanten Bereiche beleuchtet, wo gezielte Maßnahmen der öffentlichen Hand erforderlich sind.

Ergänzung staatlicher Maßnahmen und Nutzung der primären Kompetenzen

Eine Grundvoraussetzung, die es zu berücksichtigen gilt, sind die Zuständigkeiten der Autonomen Provinz Bozen. In vielen Bereichen (z.B. Schule und Gesundheitswesen) gerade was die Sozialpolitik angeht, hat das Land nur sekundäre Zuständigkeiten, kann also nur staatliche Maßnahmen ergänzen und muss sich an die von zentralstaatlicher Ebene vorgegebenen Richtlinien halten. Je mehr der Staat selbst seiner sozialen Verantwortung nachkommt, um so geringer ist der Kostenaufwand auf lokaler Ebene und umso gezielter kann auf landesspezifische Bedarfssituationen eingegangen werden. Wo das Land hingegen primäre Zuständigkeiten hat (z.B. Wohnbauförderung, öffentliche Fürsorge, Berufsausbildung), gilt es die Spielräume konsequent zu nutzen, um die Entwicklungschancen der Südtiroler Bevölkerung zu verbessern.

Die Reform des Zugangs zu den Sozialleistungen als entscheidende Weichenstellung

Die Voraussetzung schlechthin für die Inanspruchnahme von Sozialleistungen ist die Regelung des Zugangs zu den Sozialleistungen. Derzeit arbeitet das Sozial- und Gesundheitsassessorat an der Überarbeitung der Zugangskriterien. Mittelfristig wird eine einheitliche Regelung angestrebt, die für alle Bereiche der Landesverwaltung gilt und den bürokratischen Aufwand verringert. Damit werden grundlegende Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen.

In diesem Rahmen ist sicherzustellen, dass Sozialleistungen vor allem den Menschen zugute kommen, die eine Situation sozialer Benachteiligung aufweisen, weshalb die Inanspruchnahme von Sozialleistungen ist in der Regel nach Einkommen zu staffeln ist. Die Bewertung der Steuererklärungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, muss, wo Einkommensgrenzen gelten, gerecht und transparent sein. Die Zugangskriterien sind dem Stellenwert und den besonderen Charakteristiken der einzelnen Sozialleistungen anzupassen. Es muss im Hinblick auf die Mittelstandsförderung ein Konzept definiert werden, für welche Anliegen der Bevölkerung bis zu welcher Einkommensgrenze eine öffentliche Förderung vertretbar ist. Darauf aufbauend ist eine gerechtere Regelung zu verabschieden, damit zu starre Grenzziehungen zwischen den „Förderungswürdigen“ und den „Nicht Förderungswürdigen“ verhindert werden, die ungerecht und sozial nicht vertretbar sind.

Die Landesregierung muss in Bereichen aktiv werden, wo sie mit ihren Maßnahmen vorrangige gesellschaftliche Anliegen unterstützt, einen gewichtigen Anteil zur Stützung der Familienhaushalte leistet und einen strategischen Beitrag zur Entwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Standortes Südtirol leisten kann. Im folgenden wird aus dieser Sicht auf die wichtigsten Anliegen der Gewerkschaften und Sozialverbände eingegangen.

Ausweitung der finanziellen Unterstützung der Familien

In Ermangelung einer wirksamen staatlichen Familienpolitik rückt die Verantwortung der lokalen Ebene für die gedeihliche Entwicklung der Familien in den Vordergrund. Im Rahmen der vergangenen Legislaturperiode hat die Landespolitik diesen Ball aufgefangen und durch die Einführung des Landeskindergeldes und den Ausbau der

Betreuungsstrukturen sowie durch zahlreiche Beratungs- und Informationsangebote wichtige Weichenstellungen in der Familienförderung vorgenommen. Sie konnte sich jedoch in Bezug auf die finanzielle Unterstützung nicht zu den erforderlichen Aufstockungen durchringen, die zusammen mit denen auf regionaler Ebene die materielle Absicherung der Familien auf den Standard anderer europäischer Länder gebracht hätten.

Angesichts der niedrigen Löhne und Renten und der schmerzlichen Preissteigerungen ist aber gerade das Thema der materiellen Sicherung in diesem Jahr bei den Lohnabhängigen in den Vordergrund gerückt, weshalb insistent nach einer Ausweitung der finanziellen Unterstützungsleistungen der öffentlichen Hand gerufen wurde. Falls Rom untätig bleibt, sollte das Kindergeld auf lokaler Ebene deutlich angehoben werden. Dadurch entstehen Kosten in einer Größenordnung ab 200 Millionen Euro.

Wohnkosten machen den größten Anteil am Familienbudget aus

Wenn die öffentliche Hand den ArbeitnehmerInnen und den sozial Schwachen dabei behilflich ist, das Wohnungsproblem zu lösen, so ist dies die wirkungsvollste Art der Entlastung der Familieneinkommen. In der Wohnbaupolitik hat man sich in Südtirol in den letzten 10 Jahren immer wieder vorgenommen, den großen Reformwurf hinzulegen. In der Realität blieb es meist bei Ad-hoc-Änderungen, die die Materie eher verkompliziert als vereinfacht haben und vor allem nicht einer organischen Neufassung derselben entsprochen haben. Von vielen Seiten wird angemahnt, sei es im Bereich der Urbanistik, sei es bei der Wohnbaugesetzgebung Konzepte für eine Reform zugrunde zu legen, die eine langfristig nachhaltige Entwicklung des Territoriums zum Ziel haben. Während beim Wohngeld abrupt die Handbremse gezogen worden ist, zeichnet sich noch keine gültige Perspektive für die Schaffung von genügend erschwinglichen Wohnungen, vor allem in den Ballungszentren ab. Dass hier ein Paradigmenwechsel von der Förderung von Bau und Kauf einer Eigentumswohnung hin zu einem umfangreichen Angebot an Mietwohnungen mit der Möglichkeit der späteren Ablöse notwendig ist, ist angesichts der Differenz zwischen dem Förderungsbetrag und dem Marktpreis der Wohnungen bzw. den realen Einkommen der ArbeitnehmerInnen offensichtlich. Entweder werden die Fördergelder z.T. umgeschichtet oder hierfür jährlich zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt, die auf einer realistischen Beurteilung des Bedarfs beruhen und diesen nicht künstlich klein halten. Eine interessante Perspektive, die zu wenig Beachtung findet und unterstützt wird, ist die, dass auch private Träger auf den Plan treten.

Bildung als Schlüssel für Beschäftigungsfähigkeit und Einkommenssicherung

Dass die Südtiroler Schule ein gutes Niveau aufweist, beweisen die PISA-Tests und das Interesse auswärtiger Bildungsverantwortlicher an unserem Berufsbildungssystem. Dennoch heißt es nicht stehen bleiben, denn anderswo wird auch laufend daran gearbeitet, das Bildungssystem an die neuen Erfordernisse der Informationsgesellschaft und einer in ständiger Innovation begriffenen Wirtschaft sowie an neue wissenschaftliche Erkenntnisse in Bezug auf didaktische Verfahren anzupassen. Frühkindliche Förderung, Berufsmatura und Individualisierung des Unterrichts sind einige der Handlungsfelder, für die bereits Grundlagen bestehen. Aus sozialpolitischer Sicht liegen die Herausforderungen im Bereich der beruflichen Weiterbildung: Hier gilt es, zusätzliche Angebote zu schaffen, um den Beschäftigten eine berufsspezifische Höherqualifizierung zu ermöglichen, die zertifiziert und im Rahmen der betrieblichen Qualifikationsstruktur anerkannt wird. Berufliche Weiterbildung muss vor allem für niedrig Qualifizierte attraktiv gemacht werden und erschwinglich sein. Um den ArbeitnehmerInnen den Besuch von entsprechenden Kursen zu ermöglichen, müssen die Unternehmen und die öffentliche Hand gemeinsam Lösungen für die Ausfallkosten und die organisatorischen Aufwendungen finden. Angesichts der äußerst dynamischen technologischen Entwicklung muss das lebenslange Lernen in Südtirol durch entsprechende Programme auf allen Ebenen und in allen Wirtschaftssektoren Fuß fassen.

Das soziale Kapital ist für die Standortentwicklung ausschlaggebend

Es braucht die Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte, wenn in den nächsten Jahren die zahlreichen Herausforderungen angegangen werden. Die künftige Landesregierung tut deshalb gut daran, bei den anstehenden Weichenstellungen für die Zukunft des Landes alle lokalen Akteure einzubinden. Dadurch gewinnt das Entwicklungskonzept an Dynamik: es kann sich auf eine breite Akzeptanz der Maßnahmen stützen, es aktiviert die Tatkraft der Menschen und der sozialen Gruppen, es schafft Identifikation mit den Zielen. Und eine solche gemeinsame Vision braucht Südtirol für seine Zukunft. Soziale Sicherung, gesundheitliche Versorgung, Weiterbildung, LEROP, Raumordnung, Wohnbauförderung, Forschung und Innovation: in all diesen Bereichen wollen die Gewerkschaften und Sozialverbände mitreden und mitentscheiden. Eine partnerschaftliche Mitbestimmung ist jedoch nicht auf Abruf leistbar. Hierfür sind strukturelle Voraussetzungen zu schaffen, die der Rolle der Akteure und dem Anliegen Mitbestimmung gerecht werden.

News auf AFI-IPL website	Öffentlicher Wettbewerb
ArbeitnehmerInnen Survey 2008: <ul style="list-style-type: none"> o Bericht 8/2008: Gesundheit, körperliche Belastungen, Arbeitsumfeld und Arbeitssicherheit >download < o Bericht 7/2008: Die Anforderungen der abhängig Beschäftigten an ihren Arbeitsplatz >download < 	Stellenwettbewerb zur unbefristeten Einstellung von 1 Verwaltungsinspektor/in für das Arbeitsförderungsinstitut (AFI) > Siehe die Bekanntmachung <